

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.75 M., bei Selbstabholung 1.65 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 5.25 M., für 1 Monat 1.75 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postkontonr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18688.

Inserate kosten die 7spaltige Zeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Platzvorschrift 55 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Teuerungszuschlag. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 6.— M. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 7.50 M. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Kampfpause im Ruhrrevier.

Die Lage in Bayern.

Verlegung der bayerischen Regierung nach Nürnberg.

Nürnberg, 22. April. Wie verlautet wird, beabsichtigt die Regierung Hoffmann, in den nächsten Tagen ihren Sitz nach Nürnberg zu verlegen, da sich die Verhältnisse in Bamberg, vor allem die dringlichen Verbindungen für den umfangreichen Regierungsapparat als völlig unzureichend erwiesen haben. Allerdings bereiten die Nürnberger Kommunisten, wie die der Regierung nahestehende Frankfurter Tagespost erzählt, für die nächsten Tage einen Handreich zur Entsetzung ihrer Münchener Genossen vor, der sich insbesondere gegen die Eisenbahn richten soll, um den Truppen der Regierung Hoffmann die Verbindung abzuschneiden. — Ueber die bayerische Presse wurde durch die Regierung Hoffmann heute die Mitteilungsur verhängt.

Verhandlungen in Bamberg.

Bamberg, 21. April. In Bamberg sind als Vorsitzende der unabhängigen Sozialisten der frühere Handelsminister Simon, ferner Geier und Dr. Freund eingetroffen, um beim Ministerium Hoffmann über einen Ausgleich mit den Kommunisten zu verhandeln. Ferner ist der Präsident des bayerischen Landtags, Mehrheitssozialist Franz Schmitt aus München hierher zurückgekommen. Die Fortsetzung der militärischen Operationen erfolgt dadurch keine Verzögerung.

Generalfreik in Augsburg.

Augsburg, 22. April. Der im Stadteil Oberhausen verbliebene Rest der bewaffneten Arbeiterschaft hat abends die gemachten Gefangenen, 20 Bayern und 4 Württemberger, darunter einen Offizier, ausgeteilt, ebenso beträchtliche Mengen von Waffen. Später rückte Infanterie mit zwei Geschützen in die Oberhausen vorgelagerte Vorstadt Innz der Bereich ein. Die Säuberung des Platzes vor der Wertachbrücke mußte mit Gewaltanwendung erfolgen. Dabei wurde ein Arbeiter getötet und drei verwundet. Heute nachmittags fand auf dem großen Exerzierplatz eine Massenversammlung der Arbeiterschaft statt, in der der Generalfreik für die Dauer der Anwesenheit der Regierungstruppen beschlossen wurde. Wie verlautet, beabsichtigt der Stabkommandant Edelmann von seinem Posten zurückzutreten.

Der Terror der Rechtssozialisten.

Zerstörung einer Druckeret in Stuttgart.

Stuttgart, 22. April. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In der Süddeutschen Volksdruckerei, die auch das Organ der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Stuttgart, den Sozialdemokrat, druckt, ist in jüngster Zeit eine Anzahl Flugblätter hergestellt worden, die zum Generalfreik und gewalttätigen Sturz der Regierung aufforderten. Der Redakteur weigerte sich eine von der Regierung vorgelegte Erklärung zu unterzeichnen, daß im Sozialdemokrat und in sonstigen in der Süddeutschen Volksdruckerei hergestellten Druckchriften weder zum gewalttätigen Sturz der Regierung noch zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Forderungen auf dem Wege der Gewalt oder zum Generalfreik aufgefordert wird. Hierauf wurden auf Veranlassung der Staatsregierung die Maschinen der Süddeutschen Volksdruckerei durch Entfernung von Maschinenteilen durch die Polizei unbrauchbar gemacht. Das Erscheinen des Sozialdemokrat wurde bis auf weiteres verboten.

Die Hüter der Ordnung.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung erhält aus Magdeburg folgende bezeichnende Privatmeldung:

Der Belagerungszustand, soweit er Beschränkung des Straßenverkehrs auferlegt, wurde hier durch General v. Koerber, Kommandeur der Landesbehörden, endgültig aufgehoben. Das Verbot der Ansammlungen auf Straßen und Plätzen bleibt bestehen. Abermaliger Diebstahl an Exerzierplatz konnte trotz des Verbots, die Straßen zwischen 11½ und 4 Uhr nachts zu betreten, erfolgen. Angehörige der Landesbehörden, bei denen ein Teil der gestohlenen Sachen gefunden wurde, wurden verhaftet. Angeblich wollen sie die Sachen stehlen und einem Matrosen abgenommen haben. Genauer Untersuchung ist eingeleitet.

Aus Berlin wird gemeldet: Seit einiger Zeit waren die für Bismarck bestimmten Lebensmittelleistenbahnwagen beraubt worden. Die Kommandantur beauftragte zwei Sergeanten mit der Überwachung des Bahnhofes und Lebensmittelleisten. Es wurde festgestellt, daß als Diebe die von dem Regiment „Reichswehr“ gestellte Wache in Frage komme. Am 2. Feiertage, nachts, erbrachen die Wachen wiederum Wagen und raubten 6 Zentner Erbsen und 10 Sack amerik. Weizen. Die beiden Unteroffiziere benachrichtigten die Bismarcker Polizei. Als die Wache das Herannahen der Beamten bemerkte, setzte sie sich zur Wehr. Auf die Kräfte der

wurde ein heftiges Feuer eröffnet, das so lange andauerte, bis den Eingeschlossenen die Munition ausging. Dann drangen die Beamten ein und nahmen die Diebe fest.

Belagerungszustand in Hamburg.

Hamburg, 22. April. Wie die Kommandantur Groß-Hamburg mitteilt, ist die Meldung von einer Entsendung von Regierungstruppen nach Groß-Hamburg unzutreffend. Am Einvernehmen mit dem Senat von Hamburg sowie dem Magistrat von Altona und Wandsbek ist der Belagerungszustand über diese drei Städte verhängt worden. Zu schweren Ausschreitungen kam es heute hier in St. Pauli und in Eimsbüttel. Der Mob überfiel Vorübergehende und beraubte sie. Ein vorübergehender Knabe wurde von einer Kugel getroffen und starb. Die Unruhen der beiden Ostertage nahmen auch heute ihren Fortgang. Bewaffnete Autos verteilten während des Vormittags in St. Pauli Waffen und Munition an die Bevölkerung. Daraufhin zogen 200 bis 300 Mann durch die Straßen, raubten Passanten aus, stürmten einige Verkaufsstellen und verletzten wieder mehrere Wachen in ihren Besitz zu bringen. Die Wache 18 wurde von ihnen genommen.

Der Bürgerstreik in Bremen.

Bremen, 21. April. Bremermanns Telegraphisches Bureau meldet: Der in Beantwortung des vom Rat der radikalen Arbeiterschaft erklärten Generalfreies unter Billigung der Regierung angeordnete Abwehrstreik wird seit gestern mit aller Energie durchgeführt. Alle übrigen Parteien haben geschlossen den unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten gegenüber. Alle Geschäfte, Wirtschaften und Vergnügungsorte sind geschlossen. Jede Erwerbstätigkeit ruht. Die Werften und großindustriellen Betriebe haben sich geschlossen für den Abwehrstreik ausgesprochen. Was den Eisenbahnverkehr betrifft, so wird der Durchgangsverkehr aufrechterhalten, der Orts- und Vorortverkehr ist von heute nachmittags 3 Uhr an abgeschnitten. Das Erscheinen sämtlicher Zeitungen ist verboten, desgleichen die Abhaltung jeglicher Versammlungen. Der gesamte Verkehr stockt. Die Banken bleiben geschlossen. Elektrisches Licht darf von 10 Uhr abends an in den Häusern nicht mehr gebrannt werden. Regierungstruppen und Stadtwehr sorgen für Ordnung. Die Hauptzugänge zur Stadt, sowie die Hauptverkehrsstraßen sind durch Drahtverhänge gesperrt. Durchsuchungen unternehmen jedes Geschäft auf Waffen und Munition. Starke Patrouillen durchstreifen die Stadt und die Vorstädte. Es herrscht vollkommene Ruhe. Jährliche meist neugierige Personen, die gestern abend nach 8 Uhr auf der Straße angetroffen wurden, sind auf Grund der Bestimmungen über den verschärften Belagerungszustand festgenommen worden. Zwischenfälle sind bis jetzt nicht bekannt geworden.

Kampfpause im Ruhrrevier.

Duisburg, 23. April. (Eigene Drahtmeldung.) Heute tritt in Duisburg eine Konferenz der Streikenden im Industriegebiet zusammen, um den Abbruch des Streiks zu beschließen. Es wird sich nur um eine Kampfpause handeln, wenn die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Die Verhaftungen gehen fort. Die Regierungstruppen sind vielfach dazu übergegangen, die Verhafteten einfach zu erschließen. Die Erbitterung der Arbeiterschaft ist grenzenlos. Wenn das Wüten der Soldateska so fort geht, ist in den nächsten Tagen mit bewaffnetem Widerstand zu rechnen.

Die Regierungstruppen bringen den Arbeitern zum Bewußtsein, daß sie um ihre Existenz kämpfen. Die Stimmung ist noch dieselbe wie auf dem Höhepunkt des Streiks. Neue Kämpfe lassen sich jetzt schon voraussehen.

Bochum, 22. April. An den Osterfeiertagen haben im Ruhrrevier zahlreiche Belegschaftsversammlungen der streikenden Bergarbeiter stattgefunden, die zu dem Dortmund-Beschluß Stellung nahmen. In mehreren Versammlungen wurde beschlossen, die Arbeit heute wieder aufzunehmen, da ein weiteres Verharren im Streik angesichts der Zustände der Regierung nutzlos erscheine. In anderen Versammlungen wurde die endgültige Abstimmung auf heute verschoben. Nur wenige Belegschaftsversammlungen beschlossen, weiter zu streiken; jedoch kann mit der Wiedereinfahrt weitausgehender Teile auch dieser Belegschaften gerechnet werden.

Eisenbahnerstreik in Stargard.

Berlin, 23. April. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte in Stargard sind gestern früh in einen Streik eingetreten, dem sich auch die Streckenarbeiter angeschlossen haben. Es sind daher, wie das Tagesblatt berichtet, gestern wieder von Stargard noch von Stettin Züge abgegangen. Auch der Zug Berlin-Danzig konnte nur bis Stettin geführt werden.

Sand in die Augen.

Von der jetzigen Regierung ist für die Sozialisierung nichts zu erwarten. Die Koalition von Rechtssozialisten und Bürgerlichen ist Gegner jeder Maßnahme, die sozialistischen Inhalt hat. Deshalb hat man auch der Sozialisierungskommission die Arbeit so erschwert, daß sie nach monatelanger Hemmung durch die Regierung und die Bureaucratie die unfruchtbare Arbeit aufgegeben hat, unter dieser Regierung die Sozialisierung zu fördern.

Wenn es aber noch irgendeines Beweises bedürft hätte für die Tatsache, daß die jetzige Regierung nicht einmal die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vornehmen wird, die sofort und verhältnismäßig leicht durchgeführt werden könnte, so ist er durch die jetzt abgeschlossenen Beratungen des sogenannten Sachverständigenrats für die Kohlenwirtschaft voll und ganz erbracht worden.

Dieses „Sachverständigenrat“ hat die Regierung berufen auf Grund des jamaikanischen Gesetzes über die Kohlenwirtschaft, das den Bergarbeitern vorläufige sollte, die Sozialisierung ist da. Bei schon dieses Gesetz auf die Bergarbeiter und die gesamte Öffentlichkeit keinen Eindruck gemacht, so bestreitet das amtlich bekanntgegebene Ergebnis der Beratungen des Sachverständigenrats auch den letzten Zweifel, als ob bei den Beratungen von Unternehmern, sonstigen Interessenten und der Bureaucratie eine Sozialisierung, das heißt, die Beseitigung der kapitalistischen Grundlagen der Produktion, das Ergebnis sein könne. Selbst die rechtssozialistische Dresdner Volkzeitung mußte vor einigen Tagen zugeben, daß die Amtlicheberlegung der Sozialisierungskommission den üblichen Eindruck bei der Arbeiterschaft gemacht habe, und daß man es denken, die nicht Sozialisten seien, nicht überlassen würde, die Sozialisierung durchzuführen. Trotzdem will die Regierung immer wieder den Eindruck erwecken, als ob auf diesem Wege die Sozialisierung möglich sei.

Nach der Amtsniederlegung der Sozialisierungskommission hat die Regierung kumpulierend erklärt, sie werde die weitere gemeinwirtschaftliche Organisation der deutschen Volkswirtschaft allein durchführen. Wie diese gemeinwirtschaftliche Organisation aussehen wird, davon legen die Ergebnisse der Beratungen des Sachverständigenrats für die Kohlenwirtschaft ein Zeugnis ab, das wohl auch dem blindesten Anhänger der Regierung die Augen öffnen wird.

Wenn irgendein Zweig des Wirtschaftslebens zur Sozialisierung reif ist, so ist es der Kohlenbergbau, dessen sofortige Sozialisierung möglich und unbedingt notwendig ist, weil es hier leicht ist, das Monopol des Kapitals zu brechen, und weil die Sozialisierung des Kohlenbergbaues die Gesundung des Wirtschaftens wesentlich beschleunigen würde. Aber wenn man die Beschlüsse des Sachverständigenrats ansieht, so versteht man, warum der Regierung und der ihr dienenden Bureaucratie die Sozialisierungskommission so unbedeutend gewesen ist und man es ängstlich vermeiden hat, sie zu den Beratungen des Sachverständigenrats hinzuzuziehen. Regierung und Bureaucratie wußten, daß kein Mitglied der Sozialisierungskommission jemals seine Hand an dieser Beschwindelung der Arbeiter gereicht hätte.

Das Benehmen der an den Beschlüssen des Sachverständigenrats ist die Tatsache, daß in ihnen von einer Bergesellschaftung der Kohlenproduktion auch nicht mit einem Worte die Rede ist. Das, was allein die Bezeichnung einer Sozialisierung verdient, wird hier überhaupt nicht berührt, als ob es gar nicht in Frage käme. Alle Vorrechte des Kohlenkapitals, seine herrschende Stellung in Produktionsprozess des ganzen Wirtschaftslebens bleibt völlig unberührt. Die einzige Änderung gegenüber dem jetzigen Zustande soll dadurch geschehen, daß der Vertrieb der Kohle an Substanten übertragen wird, in deren Aufsichtsrat und Vorstand die Arbeiter Mitglieder entsenden sollen. Selbstverständlich sind die Arbeiter nur stets in hoffnungsloser Minderheit, so daß es ganz begreiflich ist, daß alle diese Beschlüsse des Sachverständigenrats fast einstimmig nicht angenommen worden sind, also mit Zustimmung der Unternehmer.

Die übrigen Bestimmungen der in Ueberebehung „Organisation der Kohlenwirtschaft“ genannten Richtlinien sind so geringfügig, daß sie an dem bestehenden Zustande fast nichts ändern. Die Kohlenabnehmer sollen vor der Ungleichmäßigkeit bei der Preisfestsetzung geschützt werden und Preisrückstellungen werden von der Zustimmung des Reichswirtschaftsamts abhängig gemacht; ein Recht, das der preussische Staat bisher schon durch seine Zugehörigkeit zum Kohlenmarkt gehabt hat.

Man wird es begreiflich finden, daß diese Beschlüsse die unsozialistische Praxis der Unternehmer geübt haben. So schreibt